

Migration und Gute Arbeit-Die Arbeit des BEMA 2022 in Zahlen

Zusammenfassung

Im Jahr 2022 führte das Team des BEMA insgesamt 5.854 Beratungen zu sozial-, aufenthaltsund arbeitsrechtlichen Themen mit 4.185 Ratsuchenden aus 113 Ländern. Im Zuge der arbeitsrechtlichen Beratung konnten dabei mehr als 100.000 Euro als Arbeitslohnforderungen¹ durchgesetzt werden.

Das BEMA sah sich auch 2022 wieder mit tiefgreifenden Herausforderungen konfrontiert. Insbesondere der Krieg in der Ukraine ab Frühjahr 2022 sowie die Covid-19-Pandemie forderten die Kolleg*innen sowohl auf der fachlichen aber auch auf der praktischen Ebene heraus.

Kaum konnte das BEMA den Präsenzbetrieb in Beratungen und Schulungen wieder aufnehmen, erschütterte uns im Frühjahr 2022 der Krieg in der Ukraine. Das BEMA reagierte frühzeitig auf die neue Situation und erstellte einen Flyer zu wichtigen Aspekten des Arbeitsrechts für neuankommende Menschen aus der Ukraine. Mit diesem Flyer konnten potenzielle Ratsuchende sowie Multiplikator*innen und politische Akteure für das Thema Arbeitsrechte sensibilisiert werden. Insbesondere aufgrund struktureller Barrieren sind geflüchtete Personen eine besonders vulnerable Gruppe auf dem Arbeitsmarkt. Um dem erhöhten Bedarf nach arbeitsrechtlicher Beratung und Information nachzukommen, erweiterte Arbeit und Leben im Sommer 2022 das Team des BEMA im Auftrag der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung um zwei weitere Kolleg*innen. Sie gestalten seitdem das Informations- und Beratungsangebot Hidna Pratsya Berlin (Ukrainisch für "Gute Arbeit Berlin"), und unterstützen die Zielgruppe dabei, ihre Arbeitsrechte durchzusetzen und ausbeuterischen Arbeitsbedingungen vorzubeugen.

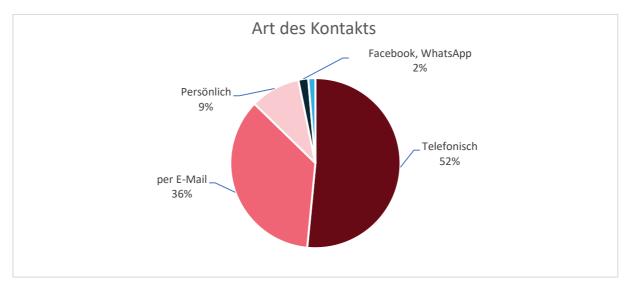
Wer ist das BEMA?

BEMA steht für Berliner Beratungszentrum für Migration und Gute Arbeit. Das BEMA wird gefördert von der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung. Träger ist Arbeit und Leben Berlin-Brandenburg DGB/VHS e. V. Seit 2018 unterstützt das BEMA eingewanderte Menschen und mobile Arbeitnehmer*innen in prekären Lebensund Arbeitssituationen dabei, ihre Arbeits- und Sozialrechte wahrzunehmen – durch Beratung, Bildung und Sensibilisierung. Mehr zum Hintergrund finden Sie hier.

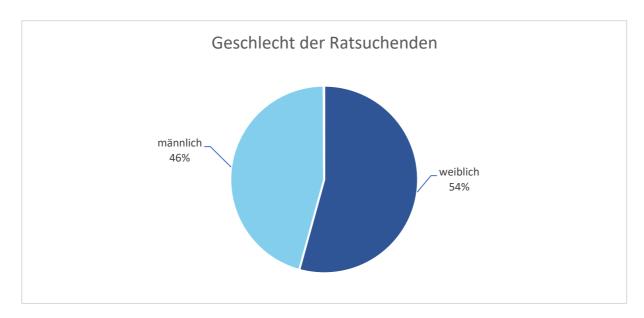
¹ Es handelt sich hierbei überwiegend um Bruttobeträge, sodass auch wesentliche Sozialversicherungsund Steuerbeiträge im Rahmen dieser gemeinsamen Erfolge der Ratsuchenden und Berater*innen nachgezahlt wurden.

1. Ratsuchende in der Beratung

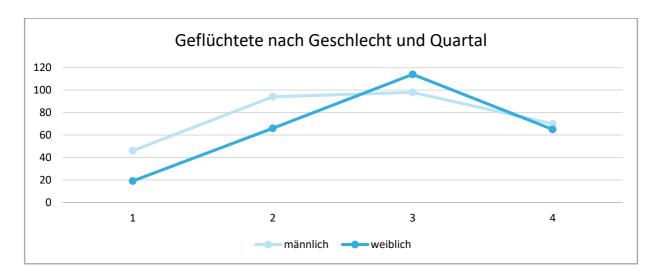
2022 hat das Team des BEMA 5.854 Beratungsgespräche zu sozial-, aufenthalts- und arbeitsrechtlichen Themen mit 4.185 Ratsuchenden aus 113 Ländern geführt. Über den Jahresverlauf hinweg war ein Anstieg an persönlichen Beratungen (unter Berücksichtigung der geltenden Kontaktbeschränkungen und Hygienemaßnahmen) zu verzeichnen. Dieser lässt sich mit der Eindämmung der Covid-19-Pandemie und dem damit einhergehenden Wegfall vieler Kontakt- und Hygienebeschränkungen erklären. Ferner zeigt sich an dieser Stelle, dass die Ratsuchenden auch den neuen Beratungsstandort im Lorenzweg in Berlin-Tempelhof angenommen haben.



Das Verhältnis von männlichen und weiblichen Ratsuchenden war im Jahr 2022 ausgewogen, wobei der Anteil der weiblichen Ratsuchenden mit 54 Prozent wie in den Vorjahren leicht überwiegt.



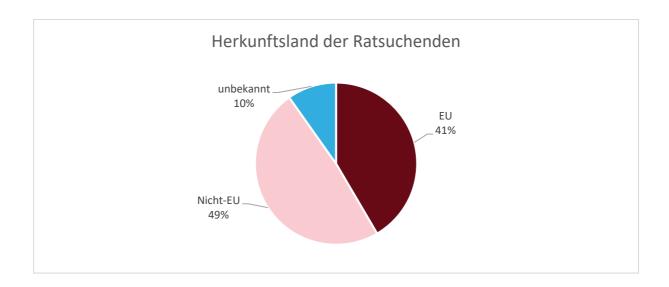
In der Gruppe der Geflüchteten, die das Beratungszentrum aufsuchen, ist der Anteil der männlichen Ratsuchenden im Vergleich zu den weiblichen für gewöhnlich mehr als doppelt so hoch. Im Jahr 2022 kam es im dritten Quartal zu einem Wendepunkt. Diesen führen wir auf die Fluchtbewegung aus der Ukraine zurück, da diese insbesondere zu Beginn des Krieges zu einem überwiegenden Anteil aus Frauen bestand.

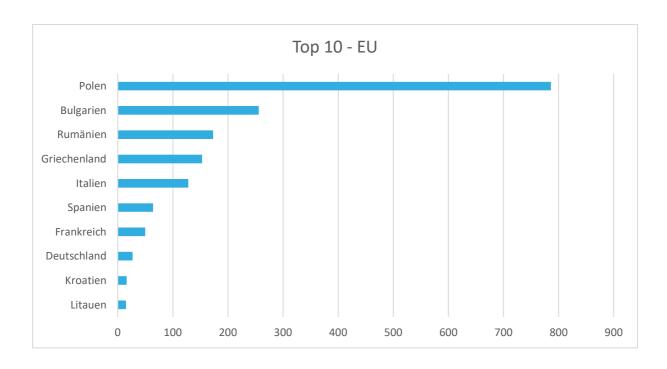


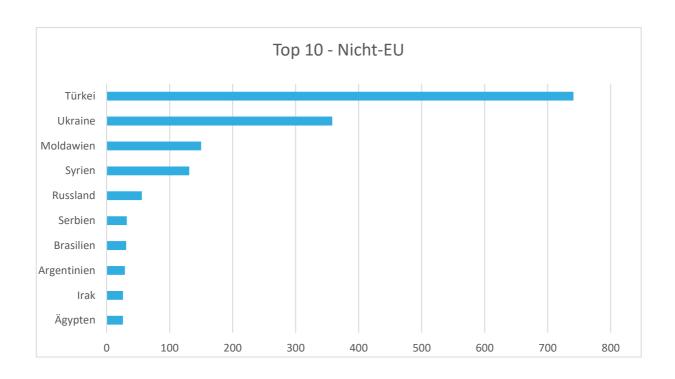
a) Herkunftsländer und aufenthaltsrechtlicher Status

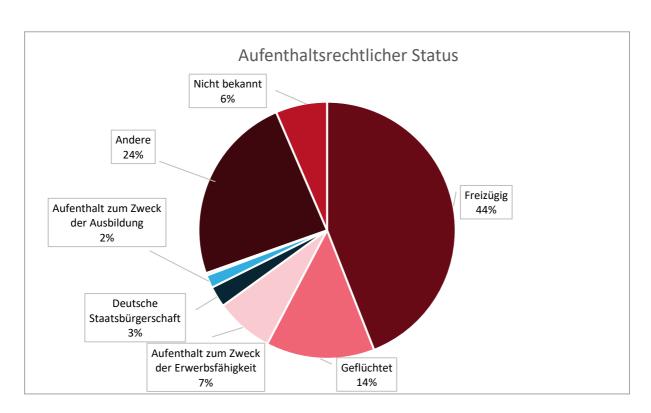
Im Jahr 2022 suchten zum ersten Mal mehr Drittstaatsangehörige als EU-Bürger*innen die Beratung des BEMA auf. Die Ratsuchenden aus Nicht-EU-Staaten hatten am häufigsten die Staatsbürgerschaft der Türkei, Ukraine, Moldawien oder Syrien. Der stark gewachsene Anteil von Ratsuchenden aus der Ukraine erklärt sich aus der Fluchtbewegung in Folge des Krieges in der Ukraine und dem erweiterten Angebot des BEMA.

Etwas über 40 Prozent der Ratsuchenden waren EU-Bürger*innen, davon der Großteil mit polnischer, bulgarischer, rumänischer und griechischer Staatsangehörigkeit. Der weiterhin hohe Anteil der Ratsuchenden mit unbekannter Herkunft (knapp 10 Prozent) lässt sich durch den hohen Anteil telefonischer Beratungen erklären. In dieser Form der Beratung wird die Herkunft selten thematisiert, wenn für das Beratungsthema nicht relevant.



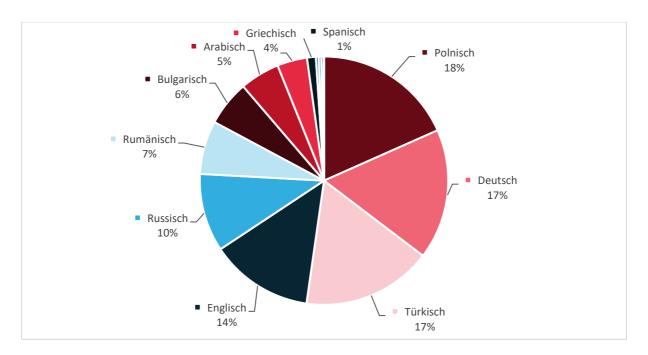






b) Beratungssprachen

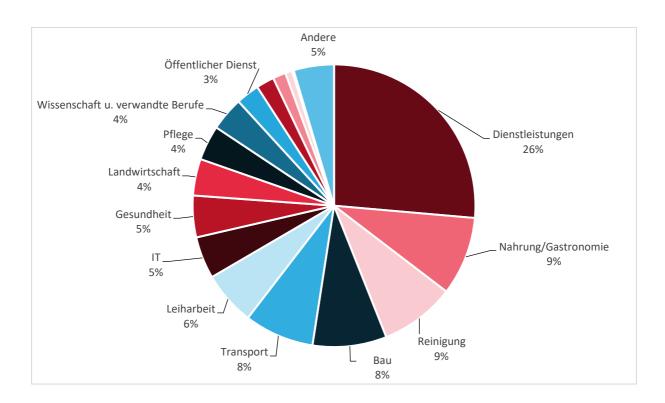
Die arbeits- und sozialrechtliche Beratung findet – soweit möglich – in der Erstsprache der Ratsuchenden statt. Im Bedarfsfall zieht das BEMA Sprachmittler*innen für die Beratung hinzu.



c) Branchen

Wie in den vorherigen Jahren war die Dienstleistungsbranche auch 2022 wieder diejenige, in der mit 26% die meisten der berufstätigen Ratsuchenden des Beratungszentrums beschäftigt waren. In dieser Branche arbeitet ein Großteil der Ratsuchenden des BEMA als Fahrradkurier (auch Rider genannt), Büroangestellte oder Callcenter-Mitarbeiter. Weitere stark vertretene Branchen waren Nahrung und Gastronomie (9%), Reinigung (9%), Bau (8%), Transport (8%) und Leiharbeit (6%).

In 42 Prozent der Fälle liegen keine Daten zur Branche vor. Hierbei handelt es sich vor allem um Fälle von zurzeit nicht erwerbstätigen Ratsuchenden oder Rentner*innen, die sich sozialrechtlich beraten lassen oder um arbeitsrechtliche Beratungen, in denen die Branche von den Ratsuchenden nicht genannt wurde, wenn für die Beratungsthematik nicht relevant.



d) Themenschwerpunkte in der Beratung

Auch 2022 waren die Auswirkungen der Covid-19 Pandemie auf Beschäftigungsverhältnisse insbesondere bei prekär Beschäftigten weiterhin dominant: Es erreichten uns viele Anfragen von verunsicherten Ratsuchenden mit Fragen zu (oftmals fristlosen) Kündigungen, nicht bezahlten Löhnen, aber auch zum Kurzarbeitergeld oder zu aufstockenden Leistungen. Jobverluste (durch Beschäftigung in besonders betroffenen Branchen), Arbeitsplatzunsicherheit (durch atypische Beschäftigung), schlechte Arbeitsbedingungen (mit Blick auf Arbeits- und Gesundheitsschutz) und Diskriminierung (mit Hinblick auf die Gesundheitsversorgung und Arbeitsplätze) trafen in besonderem Maße vor allem migrantische Beschäftigte.

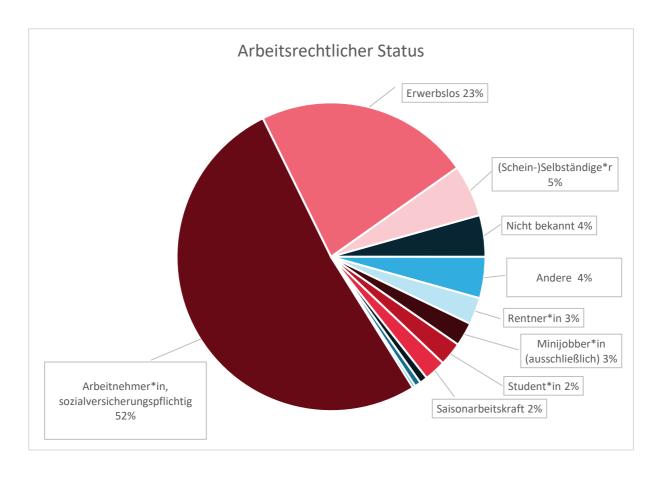
Analog zu den Vorjahren wurden auch im Jahr 2022 pro Beratung etwa zwei Themen behandelt. Das zeigt, dass arbeits-, sozial- und aufenthaltsrechtliche Themen eng miteinander verknüpft sind. An dieser Stelle bietet die Verbindung von ganzheitlichem und spezialisiertem Beratungs-ansatz des BEMA große Vorteile.

Häufigste Beratungsthemen

Arbeitsrechtlich	Sozial- und aufenthaltsrechtlich
Arbeitsvertrag	Arbeitslosengeld II (ab 01.01.2023 sog. <i>Bürgergeld</i>)
Kündigung	Aufenthaltsstatus
Entgelt	Arbeitslosengeld l
Urlaub	Koordinierung der sozialen Systeme
Arbeitszeit	Krankenversicherung
Arbeitsunfähigkeit	Arbeitserlaubnis
Krankengeld	Wohnung/ Wohnungsnot
Lohnbetrug	Sozialversicherung
Selbständigkeit	Anmeldung in Deutschland
Lohnsteuer	Schwerbehinderung

e) Arbeitsrechtlicher Status

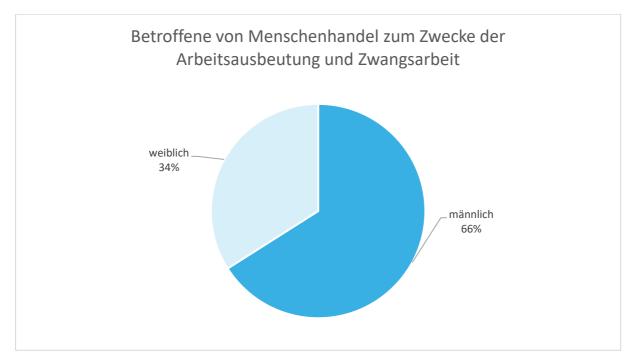
Die große Mehrheit der Ratsuchenden waren Arbeitnehmer*innen. Die Hälfte war in einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis. Etwas mehr als ein Fünftel war zum Zeitpunkt der Beratung erwerbslos.



2. Unterstützung von Betroffenen von Menschenhandel, Zwangsarbeit und Arbeitsausbeutung

Das BEMA bietet eine spezialisierte Beratung zu den Themen Menschenhandel zum Zwecke der Arbeitsausbeutung und Zwangsarbeit². Unabhängig von ihrer Aussagebereitschaft in einem möglichen Strafverfahren werden Betroffene zu ihren rechtlichen Möglichkeiten beraten und intensiv begleitet.

Im Jahr 2022 wurden insgesamt 41 Personen beraten, bei denen der Verdacht bestand, dass sie Opfer der Straftaten Menschenhandel zum Zwecke der Arbeitsausbeutung, Zwangsarbeit oder Arbeitsausbeutung im Sinne der §§ 232 ff. StGB sind. Die Mehrheit der Betroffenen war männlich.³



Die spezialisierte Beratung von Betroffenen von Menschenhandel zum Zwecke der Arbeitsausbeutung und Zwangsarbeit im BEMA hat in den letzten Jahren an Bekanntheit gewonnen. Sie ist Teil eines Netzwerkes aus Fachberatungsstellen, Partnerprojekten und -organisationen, wie auch Behörden. Die steigende Sensibilität für Anzeichen von Zwang und Ausbeutung geht einher mit einer steigenden Zahl identifizierter Betroffenen, die vom BEMA betreut werden. Vor dem Hintergrund des komplexen und oft langfristigen Betreuungsbedarfs der Betroffenen stößt dieses Beratungsangebot regelmäßig an seine Grenzen.

² "Menschenhandel" umfasst auch die sexuelle Ausbeutung und weitere Phänomene. Das BEMA berät allerdings nur für den Zweck der Arbeitsausbeutung und Zwangsarbeit.

³ Die Zahlen geben die Fallzahlen in unserer Beratung wieder. Tatsächliche Opferzahlen lassen sich daraus nicht ableiten, denn viele Betroffene finden nicht den Weg in unsere Beratung. Es gibt einige Hürden, die es verhindern, dass Betroffene sich an Behörden oder Beratungsstellen wenden. Zudem kommt es immer noch vor, dass Betroffene nicht als solche identifiziert werden oder eine Klärung, ob bei einem Verdachtsfall tatsächlich Arbeitsausbeutung vorliegt, letztlich nicht abschließend erfolgt.

3. Sonderbericht: Hidna Pratsya Berlin (Ukrainisch für "Gute Arbeit Berlin")

Im Frühsommer 2022 konnte Arbeit und Leben das BEMA-Team um zwei neue Kolleg*innen erweitern. Diese bieten ein spezialisiertes Angebot für aus der Ukraine geflüchtete Menschen an. Durch eine breites Portfolio aus Beratung, Schulungen, Informationsmaterialien sowie Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit unterstützt das BEMA so diese Zielgruppe in Berlin bei der Durchsetzung ihrer Arbeitsrechte und beugen ausbeuterischen Arbeitsbedingungen vor.

Hidna Pratsya Berlin hat im Jahr 2022 potenziell insgesamt 181.190 Personen erreicht, 1.290 Personen davon persönlich durch Beratungen, Schulungen und Veranstaltungen. Potenziell 179.900 Personen wurden durch die digitale Reichweite der Gruppen, in denen Informationen zu Hidna Pratsya Berlin gepostet wurden, angesprochen. Im Zuge von insgesamt 328 arbeitsrechtlichen Beratungen (darunter 37 Folgeberatungen) konnten 291 Personen persönlich beraten werden. Insgesamt fanden 22 Schulungen (online und in Präsenz) statt. Durch diese Schulungen konnten 349 Personen grundlegende Informationen zum deutschen Arbeitsrecht erhalten. Im Zuge von zahlreichen aufsuchenden Aktionen und der Teilnahme an Netzwerktreffen wurden weitere Personen erreicht und sensibilisiert. Durch Social-Media-Posts – insbesondere auf Telegram und Facebook – konnten dank der hohen Reichweite arbeitsrechtliche Infos und Einladungen zu Schulungen breit gestreut werden. Potenziell wurden hierdurch 179.900 Personen erreicht.

Die Kolleg*innen von Hidna Pratsya Berlin nahmen außerdem an Fachaustauschen und Netzwerktreffen teil, um ihr Angebot bekannt zu machen. Hieraus entstand ein berlinweites Netzwerk aus Akteur*innen, welches sich regelmäßig austauscht. Auch die aufsuchende Arbeit in Unterkünften für Geflüchtete oder an Community-Orten wie dem Café Refugio oder Café Ukraine war ergiebig für die niedrigschwellige Ansprache der Zielgruppe. Im direkten Kontakt mit den Ratsuchenden konnte in besonderem Maße Vertrauen aufgebaut werden, welches die Grundlage für die Beratungen ist.

Durch Hidna Pratsya Berlin konnten viele geflüchtete Personen, die aus der Ukraine nach Berlin gekommen sind, zu ihren Arbeitsrechten informiert und beraten werden. Gleichzeitig wurden beteiligte Akteure für den Schwerpunkt Gute Arbeit für geflüchtete Menschen sensibilisiert.

11

⁴ Die hier aufgeführten Beratungszahlen wurden bereits in der vorangestellten BEMA-Gesamt-Statistik abgebildet. Schulungen und Netzwerkaktivitäten können dagegen separat erfasst und abgebildet werden.

4. Veröffentlichungen des BEMA

- <u>Flyer zum Schutz vor undokumentierter Arbeit</u> in <u>ukrainischer</u>, <u>russischer</u>, <u>englischer</u> und <u>deutscher</u> Sprache.
- <u>Handreichung "HA ΓΥΡΕΕ"</u> ("Na Gurbet" heißt sinngemäß "Arbeit in der Fremde") vermittelt arbeitsrechtliche Information zu Entsendung auf Bulgarisch. Ergänzend wurde ein Video erstellt: "Gute Arbeit in Deutschland Unsere Rechte als entsandte Beschäftigte".
- <u>Kurz-Vergleich des ukrainischen und deutschen Arbeitsrechts</u> zur Erstinformation für aus der Ukraine geflüchtete Menschen.
- <u>Prüfsteine Gute Arbeit für Geflüchtete</u> des <u>Beratungsnetzwerks Gute Arbeit</u>.
- <u>Aktualisierter Arbeitszeitkalender</u> in neuem Layout, in ukrainischer und deutscher Sprache.
- <u>Plakat-Kampagne auf Ukrainisch und Deutsch</u> zur Information von Menschen, die aus der Ukraine nach Berlin geflohen sind. Die drei Plakate sind an häufigen Fragen orientiert und informieren über grundlegende Arbeitsrechte und Handlungsmöglichkeiten bei Rechtsverletzungen. Die Kampagne ist im Rahmen von <u>Hidna Pratsya</u> entstanden.
- Kurzinformation "Kosten vor dem Arbeitsgericht".
- Schulungskonzept "Meine Rechte bei der Arbeit".
- "Praxisleitfaden für EU-Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland Ein Wegweiser für gute Arbeitsbedingungen und Gleichbehandlung", entstanden in Kooperation mit dem BEMA und der Gleichbehandlungsstelle EU-Arbeitnehmer bei der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration.
- Kurzinformation "Arbeiten ohne Anmeldung einer Wohnadresse" klärt über die Möglichkeiten der Arbeit für EU-Bürger*innen ohne Anmeldung einer Wohnung in <u>deutscher</u> und englischer Sprache.
- <u>Flyer zum Schutz vor Arbeitsausbeutung</u> für Menschen aus der Ukraine in ukrainischer und deutscher Sprache. Die Kampagne ist im Rahmen von <u>Hidna Pratsya</u> entstanden.

Weitere Flyer und Materialien finden Sie unter: www.bema.berlin/flyer-und-materialen

Kontakt:

Stephanie Sperling Projektleitung BEMA sperling@berlin.arbeitundleben.de Tel. +49 (0) 30 5130 192 72









Das BEMA wird gefördert von Berliner Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung. Träger ist Arbeit und Leben Berlin-Brandenburg DGB/VHS e. V. .